

Stellungnahme zum Sportausschuss vom 18.11.2021

Sehr geehrter Herr Teifel,

ich bedanke mich sehr, dass ich Ihnen die Meinung der FDP um die Geschehnisse im Sportausschuss, anders als am Tage selbst, mitteilen kann.

Im Folgenden möchte ich Ihnen die Entwicklung im Ausschuss und den Verlauf zuvor schildern.

Meine Rede hätte wie folgt begonnen: **„Wir. Wollen. Ein. Hallenbad. Und ich möchte ergänzen: einen Hallenbadneubau!“** Die Rede habe ich Ihnen ebenfalls angehängt. Die Entscheidung der FDP hätte gelautet: wie genau, nicht ob ein Hallenbad gebaut werden wird.

In der Diskussion rund um das Hallenbad zeichnete sich ab, dass eine Mehrheit der im Rat vertretenen Fraktionen den Neubau des Hallenbades unterstützen würde. Auch die FDP hat sich intern dazu positioniert, allerdings mit einigen Fragezeichen.

Bereits in der vorvergangenen Ausschusssitzung zeichnete sich ab, dass der Fördertopf - eine Förderung von 9,5Mio € war seitens der Verwaltung eingeplant – überzeichnet zu sein schien.

Nun wurde die Absage des Fördergebers in Vorbereitung auf die neuerliche Sitzung Gewissheit, weshalb wir uns in der Ausschusssitzung dringend zu Wort melden wollten, um u.a. zu erfragen wie diese Summe in unserem ohnehin stark belasteten Haushalt kompensiert werden sollte.

Auch war es uns ein Anliegen wie die aktuell sehr hohe Baukostensteigerung, die Planungen datieren auf das Jahr 2016, berücksichtigt werden würden.

Meine Frage an den Kämmerer hätte konkret wie folgt gelautet: „Wie wird das Vorhaben in der vorgelegten Form den Haushalt belasten, Herr Irlenbusch?“

Randnotiz zum Städtischen Haushalt und den nicht absehbaren künftigen Belastungen: Schulneubau, Brandschutzbedarfsplan, Sanierung Turnhallen, Zukunft der Musikschule, Sanierung Bürgerhäuser etc.

Im Antrag kursierte eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die aus unserer Sicht lediglich eine Kostenvergleichsrechnung sein konnte, die offenbar den vermeidlich dem Antrag positiv gestimmten Fraktionen vorlag. Uns wurde auf Nachfrage an eine den Antrag mitstellende Fraktion mitgeteilt, dass der Vorsitzende diese nicht an uns herausgeben wird.

Im Ausschuss selbst eröffnete Herr Wilke nun den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass er „gemäß Geschäftsordnung“, gemeint war wohl die Geschäftsordnung für Rat und Ausschüsse, „nur eine Für- und eine Gegenrede“ zulassen könne. Im Raum machte sich großes Entsetzen breit, Herr Wilke bleibt bei seinen Worten.

Nun hält der Ausschussvorsitzende selbst, er ist in seiner Funktion zur Neutralität verpflichtet, das Plädoyer dem Antrag zuzustimmen und bewirbt diesen höchst selbst.

Als er mit der Bewerbung des Antrags fertig war blickte er zu Herrn Kaluscha als Vertreter der Grünen und erteilt ihm das Wort. Zeitgleich hatte ich mich gemeldet, Herr Wilke konnte mich und damit meiner Wortmeldung in dem Moment nicht wahrnehmen.

Nachdem nun Herr Kaluscha seinen Wortbeitrag beendet hatte, meldete ich mich abermals mit größerer Vehemenz und Herr Wilke wiederholte seine Aussage, dass nur eine Für- und eine Gegenrede gestattet sei.

Dieses Vorgehen hält die Fraktion der FDP in Wermelskirchen für zutiefst undemokratisch und es ist darüber hinaus auch nicht rechters. Weder die Gemeindeordnung des Landes NRW, noch die Geschäftsordnung der Stadt Wermelskirchen für Rat und Ausschüsse legitimieren ein derartiges Handeln.

- Wie soll ein demokratischer Willensbildungsprozess zu Stande kommen?
- Wie wollen wir als Politik ein solches Vorgehen all den jungen Bürger:innen erklären, wo alle Welt von Politikverdrossenheit spricht und dann sie demokratisch gewählten Mitglieder in einem Ausschuss kein Rederecht zugesprochen bekommen um deren Willen zu bekunden?

In der Regel gilt ein Antrag zunächst als in den Ausschuss eingebracht, wird dann zur politischen Willensbildung in den Fraktionen beraten und schließlich wird dieser nach politischem Austausch in der Ausschusssitzung zur Abstimmung gestellt. Nicht so hier!

Nun haben sowohl die Vertreter:innen der Grünen als auch ich Beratungsbedarf angemeldet. In der Vergangenheit gehörte es zum guten Ton bei einem solchen Antrag diesem auch zuzustimmen.

Hier wurde dieser Antrag mit den Stimmen der Befürworter:innen des Beschlusses zum Neubau abgelehnt. Ein weiteres Zeichen der undemokratischen Vorgehensweise des Vorsitzenden.

Im Nachgang der Sitzung haben wir das Gespräch mit der Fraktion der CDU gesucht und uns mit den Spitzen getroffen. Das Geschehene wurde erläutert, eine Konsequenz zeichnete sich leider nicht ab.

Der Vorsitzende selbst hat mit einem Brief auf unsere Vorwürfe geantwortet, den er offensichtlich nicht einmal gegengelesen hat.

Darin erweckt Herr Wilke den Eindruck, dass es ihm deutlich wichtiger zu sein scheint, sein Fehlverhalten mit unschlüssigen Argumenten rechtfertigen zu wollen, anstatt sich ausschließlich einsichtig zu zeigen. Etwaige Konsequenzen waren gar nicht erkennbar.

Die weitere Tragbarkeit und Akzeptanz eines Ausschussvorsitzenden, der bewusst nicht Willens ist andere Meinungen im Prozess zuzulassen, sie sogar aktiv und antidemokratisch unterbindet, muss an anderer Stelle beschieden werden.